

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Innen- und Rechtsausschuß**

30. Sitzung  
am Mittwoch, dem 11. Juni 1997, 9:30 Uhr,  
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Heinz Maurus (CDU)

Vorsitzender

Ursula Kähler (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Klaus-Peter Puls (SPD)

Bernd Saxe (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Meinhard Füllner (CDU)

in Vertretung von Thorsten Geißler

Peter Lehnert (CDU)

Klaus Schlie (CDU)

Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Fehlende Abgeordnete**

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)



**Einzigster Punkt der Tagesordnung:**

**Seite**

**Kriminalitätsbekämpfung auf europäischer Ebene unter Wahrung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundsätze** **4**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/705

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/734

Der Vorsitzende, Abg. Maurus, eröffnet die Sitzung um 9:30 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest.

Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

**Kriminalitätsbekämpfung auf europäischer Ebene unter Wahrung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundsätze**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/705

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/734

hierzu: Umdrucke 14/811, 14/816 und 14/832

(überwiesen am 15. Mai 1997 an den Innen- und Rechtsausschuß und den Europaausschuß)

Abg. Puls bringt den aus Umdruck 14/832 ersichtlichen Änderungsantrag ein. Er führt aus, daß darin einige der im Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/734, enthaltenen Punkte aufgenommen worden seien.

Abg. Füllner macht deutlich, daß die CDU-Fraktion dem Änderungsantrag in der vorgeschlagenen Fassung nicht zustimmen könne; problematisch sei insbesondere die Formulierung unter 2.2.

Im Folgenden diskutiert der Ausschuß kurz über das Subsidiaritätsprinzip. In dieser Diskussion macht Abg. Puls deutlich, daß die europäische Ebene nicht automatisch Vorrang haben solle, sondern die Interessen ausgewogen sein sollten. Daher könne er dem Antrag der CDU-Fraktion, den Passus "das Vertragswerk nicht an Streitigkeiten über Zustimmungserfordernisse durch die Länder zu verzögern" vor die Worte "und dabei folgende Punkte einzufordern" einzufügen, nicht zustimmen. - Daraufhin erklärt Abg. Füllner, daß die CDU-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen könne.

Abg. Puls gibt bekannt, daß sich Abg. Kubicki, der an dieser Sitzung nicht teilnehme, mit der aus Umdruck 14/832 ersichtlichen Formulierung einverstanden erklärt habe.

Der Ausschuß beschließt mit 6 Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen 4 Stimmen der CDU, dem Landtag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion von SPD und

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/705, in der aus Umdruck 14/832 ersichtlichen Weise zu ändern und den so geänderten Antrag anzunehmen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 9:45 Uhr.

gez. Maurus  
Vorsitzender

gez. Tschanter  
Geschäfts- und Protokollführerin